

Ber. z. dt. Landeskunde	Bd. 70, H. 1, 1996, S. 93—113	Trier
-------------------------	-------------------------------	-------

Gerhard STIENS, Bonn

## Die deutsche Landeskunde nach Emil Meynen und Versuch eines Ausblicks auf deren Zukunft\*

Den nachfolgenden Überlegungen liegt als Hauptraster eine grundsätzliche Aufteilung landeskundlichen Arbeitens in recht unterschiedlich erscheinende Richtungen zugrunde, wie sie jüngst gerade wieder von W. SPERLING (1994) und ähnlich auch von K. WOLF (1994) vorgenommen wurde:

- Danach gibt es auf der einen Seite die schon über 200 Jahre betriebene staatliche Landeskunde, die dann auch primär staatlichen bzw. administrativen und volkswirtschaftlichen Zwecken dient. Insbesondere auf „Verwaltung und Wirtschaft“ orientiert (MEYNEN 1955), erscheint sie thematisch eher allgemeingeographisch und nicht regional, sondern territorial flächendeckend orientiert, womit sie erst in der Kompilation zu einer „individuellen“ Landeskunde eines bestimmten Territoriums würde. (Hierzu zählt die Landeskunde, wie sie in der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) betrieben wird, aus der der Verfasser kommt.)
- Auf der anderen Seite steht die Landeskunde, die — nach W. SPERLING (1994) — eher unter „kulturanthropologischen“ Aspekten wirksam sein soll und die primär, so E. MEYNEN (1955), auf „Bildung und Unterricht“ orientiert ist und eine hauptsächlich regionalgeographische bzw. idiographische Ausrichtung aufweist. Im Fall von „Länderkunden“ ist der Terminus „Unterricht“ in einem sehr weiten Sinne zu verstehen, nämlich dem der „Unterrichtung“ einer breiteren Öffentlichkeit bzw. unterschiedlicher — sich auf das jeweilige Ausland richtender — Interessen.

Was die erstgenannte Ausprägung anbelangt, wird im folgenden zuerst einmal cursorisch auf die Entwicklung der Landeskunde in der BfLR seit Anfang der 70er Jahre eingegangen (vgl. Kap. 1.). Danach werden einige mögliche Entwicklungen in der Zukunft, die sich teils zur Zeit schon abzeichnen, behandelt; es sind Tendenzen, die nicht nur positiv zu bewerten sind (vgl. Kap. 2.). Schließ-

\* Referat im Rahmen der „Wiedereröffnung der Emil-Meynen-Bibliothek der deutschen Landeskunde und Emil-Meynen-Gedächtniskolloquium“ am 30. 6./1. 7. 1995 in Trier

lich werden einige Desiderate formuliert (vgl. Kap. 3.), die an eine Landeskunde der oben zweitgenannten Ausprägung adressiert sind.

## 1. Die staatsbezogene geographische Landeskunde nach Meynen

Als besagte „staatsorientierte Geographie“ (SPERLING 1994) bestand die „amtliche Landeskunde“ schon zu Zeiten MEYNEENs — und nicht erst anschließend — zu erheblichen Teilen aus der Bearbeitung besagter allgemeingeographischer, thematisch eingeschränkter Fragestellungen. Als Beispiele dafür wären die Naturräumliche Gliederung oder die — speziell verwaltungsorientierte — flächendeckende Raumunterteilung gemäß einer zentralörtlichen Bereichsgliederung anzuführen. Eine der zukunftsbezogenen Thesen in diesem Text wird sein, daß die sogenannte amtliche Landeskunde heute und in näherer Zukunft zu einigen der spezifischen siedlungsstrukturbezogenen Aufgabenstellungen der 60er Jahre zurückkehren wird. Es sind zwar nicht dieselben Aufgabenstellungen, aber von Objekt und Intentionen her charakteristisch ähnliche. Doch bevor dies behandelt wird, erfolgt ein kurzer Rückblick auf die Landeskunde nach E. MEYNEEN bis heute.

### 1.1 Bedingungskontext der neuen Aufgabenstellungen

Die Aufgabenstellungen der amtlichen Landeskunde seit Anfang der 70er Jahre waren unter anderem auch eine Reaktion auf bestimmte räumliche Entwicklungen; vor allem auf stark zunehmende räumliche Konzentrationsprozesse, die gleichzeitig sozioökonomische Ungleichverteilungen im Raum weiter zu verstärken drohten. An deren Forcierung war möglicherweise auch die staatsbezogene Landeskunde teils selbst beteiligt: Von CHRISTALLERs „Entdeckungen“ im ländlichen Raum Süddeutschlands ausgehend sowie auf der Basis der theoretischen Einengung auf nur eines der entdeckten „raumgestaltenden Prinzipien“, nämlich dem „Herrschaftsprinzip“ und seiner „Anwendung“ bei der Kolonisierung der eroberten Gebiete in Ostmittel- und Osteuropa (vgl. CHRISTALLER 1940 u. 1943; darüber: RÖSSLER 1988; STIENS 1990), war nach dem 2. Weltkrieg, organisiert seitens der deutschen Landeskunde, eine markante raumordnerische Raumumstrukturierung vorbereitet worden. Die Erarbeitung einer „Zentralörtlichen Bereichsgliederung der Bundesrepublik Deutschland“ (vgl. z. B. KLUCZKA 1970), bei gleichzeitiger Einordnung zentraler Siedlungen in Hierarchiestufen, lief letztlich hauptsächlich auf eine geordnete „vertikale“ Dehnung in der nationalen Siedlungsstruktur hinaus: Wie diese Erhebungen die empirische Ausgangsbasis, so lieferte die „Zentrale-Orte-Theorie“ Begründungen für die anschließend unter Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung und Versorgungsbetriebe vorgenommenen „Gebietsreformen“, das heißt auch, für die politisch-administrative Zusammenlegung von „Bereichen mittlerer Größenordnung“ zu größeren Funktionsräumen.

Nicht allzuviel später wurde im „staatsgeographischen“ Kontext, das heißt vom Geographen G. ISBARY (1969), die Existenz eines „Adernetzes von Verdichtungsbändern“ im Raum „entdeckt“, das umgehend politikbezogen transformiert und unter der Bezeichnung „Entwicklungsachsen“ mit verschiedenen raumentwicklungspolitischen Inhalten ausgestattet wurde. Die dadurch eingeleitete interregionale Verknüpfung der neu geschaffenen größeren Funktionsräume (bzw. ihrer Zentren) war das zweite der beiden Hauptelemente der nun „modern“ konstruierten industriewirtschaftlichen Raumstruktur. Geographie und Landeskunde waren auch daran beteiligt, eine Hierarchie sowie „optimale Lagen“ bzw. Verläufe der „Entwicklungsachsen“ im Raum zu bestimmen.

In den 70er Jahren kam es zu ganz erheblichen Schwerpunktverlagerungen in der Arbeit der institutionalisierten staatsbezogenen Landeskunde. Einer der Auslöser dafür wurde schon genannt: Es waren die räumlichen Konzentrationsprozesse, vor allem bewirkt durch die Politik ökonomischer Funktionalisierung der räumlichen Strukturen, und die sich verstärkende Disparitäten im Raum. Außerdem schlug die Wende im allgemeinpolitischen Bereich zeitlich verzögert auch auf diese Landeskunde durch. Es war die Vorgabe, Prinzipien des Sozialstaates stärker zu beachten. Dies führte zu der Aufgabenstellung, besagte räumliche Disparitäten und deren Entwicklung zu beobachten, also diesbezüglich ein regional differenzierendes „Frühwarnsystem“ zu entwickeln.

## 1.2 Landeskunde als „Frühwarninstrument“

So wurde ein problementsprechendes Informationssystem „Laufender Raumbewachung“ aufgebaut. Damit sollten im interregionalen Vergleich räumliche Entwicklungen mit Hilfe von Indikatoren beobachtet werden, die zur Messung der Veränderung „regionaler Lebensqualität“ geeignet sein sollten. Diese landeskundliche Arbeit bildete ein charakteristisches Element im Rahmen einer raumbezogenen Ausgleichspolitik, die ihre Ziele durch die Koordination der raumwirksamen Aktivitäten anderer Fachressorts zu erreichen versuchte: eine Politik der „Koordination durch Information“ (vgl. u. a. BfLR 1978; GATZWEILER 1982 u. 1983). Dem entsprechend war es — auf der Basis der Daten aus dem Informationssystem und sektoraltheoretisch geleitet — Aufgabe, Raumanalysen zu erstellen, die auf die verschiedenen Ressortpolitiken orientiert sein sollten, und über die Ergebnisse zu berichten. Aus den Ergebnissen sollten letztlich Beiträge zu Entwürfen raumpolitischer Handlungskonzepte entwickelt werden können (dies nun nicht mehr landeskundliche Tätigkeit im engeren Sinne).

Hiermit wird auch deutlich, daß nicht alles was in der BfLR gearbeitet wurde und wird, als „landeskundlich“ bezeichnet werden kann. Der größere Teil der Arbeitszeit war und ist mehr oder weniger direkter Politikberatung gewidmet, bezieht sich also auf Umsetzung wissenschaftlicher Information in Form direkter Verwendbarkeit in raumpolitischen Handlungs- und Verhandlungszusammenhängen.<sup>1</sup>

Der Landeskunde in der Rolle eines „Frühwarnsystems“ war die Dimension Zukunft schon eingeschlossen. Es war folgerichtig, diese Dimension weiter auszubauen — unterstützt anfangs durch die überbordende Planungseuphorie der

70er Jahre. In enger Verknüpfung mit der laufenden landeskundlichen Beobachtung räumlicher Entwicklungsprozesse wurden Modelle zur räumlich differenzierenden Vorausschätzung künftiger Verteilungen im Raum entwickelt (vgl. GANSER 1977): vorerst für die Bevölkerungsentwicklung und deren Komponenten sowie für die künftige Entwicklung regionaler Arbeitsmärkte. Auf dieser Basis wurden verschiedene „Raumordnungsprognosen“ unter Mitwirkung der BfLR erarbeitet (vgl. u. a. BfLR 1977). Zur Beschreibung von Raum- und Siedlungsstrukturen, die sich künftig unter bestimmten Annahmen ergeben können, wurde auch schon relativ früh die zukunfts wissenschaftliche Szenario-Technik eingesetzt (dazu u. a. STIENS 1977; 1982 a/b). Diese zukunfts wissenschaftlichen „landeskundlichen Aufnahmen“ künftig wahrscheinlicher oder möglicher Strukturen im Raum wurden seitens der universitären Geographie bisher kaum unterstützt.

### 1.3 Veränderungen in den 80er Jahren

Um die Einsetzbarkeit des Beobachtungs- und Berichtssystems der Laufenden Raumbewachung für fundierte Analysen zu erhöhen, wurden verschiedene Verfeinerungen des Systems vorgenommen:

- Die erste bezog sich auf das grundlegende Problem aller staatlich/territorial flächendeckenden Informationsgewinnung, nämlich daß damit in der Regel erhebliche Einbußen an Detailliertheit einhergehen. Dieses Manko wurde mit der — in das bestehende System integrierten — „kleinräumigen Raumbewachung“ in repräsentativen „Berichtsregionen“ zumindest halbwegs behoben (vgl. GATZWEILER u. MEUTER 1983; BÖLTKEN u. STRUBELT 1985).
- Ausbau wurde auch betrieben als Reaktion auf die spezifischen Unzulänglichkeiten der Daten aus der öffentlichen Statistik, auf denen das landeskundliche System zur Beobachtung regionaler „Lebensbedingungen“ anfangs allein aufgebaut war. Integriert in das vorhandene System, wurde die Erhebung „wahrgenommener Lebensqualität“, also die laufende Erhebung von Informationen auf der Grundlage von Umfragedaten eingeführt (vgl. BÖLTKEN 1983; STRUBELT 1983). Damit sollte also über die eher subjektiv zu nennende Einschätzung der Befragten mit Bezug auf die örtliche oder regionale Lebensqualität Auskunft gegeben werden können.
- Ein weiterer Ausbauswerpunkt lag schließlich bei der methodischen Stärkung räumlich differenzierender Zukunftsforschung seitens staatlicher Landeskunde. Damit wurde offensichtlich dem Gesichtspunkt Rechnung getragen, daß auch in der raumbezogenen Planung und Politik weit mehr als vorher „von der Zukunft her“ gedacht, weit mehr nach den künftigen Auswirkungen heutiger Handlungen gefragt werden müßte. Eines der Ergebnisse dieser Schwerpunktsetzungen ist die aktuelle und sektoral schon recht komplexe „Raumordnungsprognose 2010“. Neben Bevölkerung und Arbeitsmarktentwicklung in räumlicher Differenzierung sind nun auch private Haushalte, Wohnungsmarkt und Siedlungsflächenentwicklung zu Prognoseobjekten. Diese komplexe Prognose soll noch 1995 veröffentlicht werden (vgl. dazu BUCHER u. GATZWEILER 1993).

Für weitere Veränderungen, die sich mit Beginn der 80er Jahre ergaben, waren als auslösende Faktoren kaum mehr direkte Einwirkungen seitens des politisch-administrativen Systems im Spiel, eher schon eine verbreitet herrschende Reglosigkeit bzw. Ratlosigkeit, was eine Neuausrichtung „amtlicher“ raumbezogener Forschung anbelangte: Im raumordnungs- bzw. regionalpolitischen Bereich schienen traditionelle Entwicklungsansätze absolet geworden zu sein, und es „sickerten“ aus dem Ausland importierte raumbezogene Politik- und Entwicklungsansätze ein, wie die „regional angepaßten“ oder „endogenen Entwicklungsstrategien“. Hinter diesen charakteristisch-plakativen Schlagworten verbarg sich eine Vielzahl von Politikkonzepten und -varianten mit Bezug auf Regionalentwicklung (vgl. dazu BFLR 1984), denen das Hauptziel gemeinsam war, die Position der Region (was auch immer darunter verstanden wurde) zu verstärken, und zwar — zusammenfassend gesagt — dadurch, daß die Region selbst wieder mehr Einfluß auf ihre Entwicklung nimmt und dabei ihre internen Potentiale besser nutzt. Diese Konzepte waren in unterschiedlichen Graden auf politische und/oder administrative Dezentralisierung abgestellt, vor allem auf „Regionalisierung“ von Raumordnungs- und Regionalpolitik (vgl. BEIRAT FÜR RAUMORDNUNG 1983).

Zum „Entwicklungspotential“ in den förderungsbedürftigen Regionen, das zu fördern war, wurde auch das regionale Potential an Entscheidungsfähigkeit gezählt. Eine neue Zielsetzung war nun, dieses Potential durch ein Angebot einschlägiger Informationen zu fördern. Hierzu gehörte, Informationen über die in Regionen vorhandenen Potentialfaktoren und deren Veränderung zu erheben und aufzubereiten; es galt dies späterhin insbesondere im Zusammenhang der europäischen Integration sowie im Kontext der — auch regionalentwicklungspolitisch zu fördernden — Eingliederung der Region der neuen Bundesländer (vgl. z. B. IRMEN u. SINZ 1989 u. 1991).

## **2. Zur Zukunft von Landeskunde in öffentlicher Trägerschaft**

Im folgenden werden einige Vermutungen zur Zukunft der staatlichen Landeskunde auf der Bundesebene angestellt; sie können auf keinen Fall auf alle möglichen künftigen Aktivitäten Bezug nehmen, sondern lediglich auf einige ausgewählte.

### **2.1 Ein Überblick über ausgewählte Aspekte künftiger staatlicher Landeskunde**

Die meisten der Betätigungs- und Ergebnisformen staatlicher Landeskunde auf der Bundesebene werden mehr oder weniger auch künftig erhalten bleiben. Bei aller „Anpassungsfähigkeit“ staatlicherseits betriebener Landeskunde wird es auch künftig zumindest keinen Wandel in dem Sinne geben, daß eine Art von Arbeitsergebnissen oder eine Methode durch eine andere restlos ersetzt würde, sondern höchstens, daß sie gegenüber Vorhergehendem Dominanz erlangen —

was Bedeutung, Nachfrage oder darauf verwendete Arbeit anbelangt. Zu dem auf jeden Fall Weiterbetriebenen wird gehören:

- Die Ausbauaktivitäten mit Bezug auf das Raumb Beobachtungssystem für Frühwarn- und Sektoralanalysezwecke; sie werden auf jeden Fall fortgeführt — unter „Fortschreibung“ der verschiedenen und unterschiedlichen Zwecken dienenden räumlichen Bezugsraster (vgl. Jahresendheft 1995).
- In ähnlicher Weise wird der Ausbau des räumlich differenzierenden Prognose-Systems weiterverfolgt.
- Inhaltlich betrachtet, wird die vergleichende Beobachtung der alten und der neuen Bundesländer weiter einen besonderen Schwerpunkt darstellen.
- Die Wirkungsanalysen ex post, was die Auswirkungen bisheriger raumbedeutender Maßnahmen anbelangt, werden ihr vergrößertes Gewicht behalten (vgl. BfLR I 992).
- Durch neue räumliche Problemsituationen entstandene sektoralthematische Gewichtsverlagerungen werden erhalten bleiben, zum Beispiel hin zu Wohnungsmarkt- oder Altlasten- bzw. Umweltproblemen sowie zu einer besonderen Berücksichtigung der Entwicklung regionaler Entwicklungspotentiale.
- Der neue Teilbereich auf Europa bezogener Raumb Beobachtung und -analyse wird sicher stark erweitert werden.

Insgesamt bleibt aber abzuwarten, welches Gewicht diese als landeskundlich und als wissenschaftlich zu bezeichnenden Tätigkeiten auf der Bundesebene noch haben werden, wenn der Bereich der rein politikbezogenen Tätigkeiten (nach Art eines Bundesamtes) in dem Maße zunehmen wird wie in der letzten Zeit; ganz zu schweigen von einer wahrscheinlichen formalen Überführung oder Einfügung der Forschungsanstalt in ein „Bundesamt“. Es ist aber nicht zu erwarten, daß von den aufgeführten — eher staatlich-landeskundlichen — Tätigkeitsmerkmale etwas ganz und gar entfallen würde.

Es werden also auf nähere Sicht großenteils eher Gewichtsverlagerungen stattfinden. Hierzu gehört auch eine noch — oder wieder — stärkere Natur- und Umweltorientierung (unten Kap. 2.2). Nur bei einigen Inhalten sind auch Veränderungen von eher grundsätzlicher Art zu erwarten (unten Kap. 2 3).

## 2.2 Noch stärkere Natur- und Umweltorientierung

Abzusehen ist, daß sowohl die stärkere Ressourcen-, Umwelt- und Naturorientierung in der Gesellschaft als auch die stärker potentialorientierten Aufgabenstellungen (vgl. Stichworte „ökologisches Potential“, „Umweltpotential“) zu einem entsprechend stärkeren Engagement auch der amtlichen Landeskunde führen werden. Dadurch werden physisch-geographische bzw. geoökologische Gesichtspunkte und Arbeitsweisen im Zusammenhang mit flächennutzungs- und bodenbezogenen Themenstellungen noch stärker Fuß fassen. Die informationssystematischen Voraussetzungen werden schon seit längerem erarbeitet (vgl. jüngere Jahresarbeitsprogramme der BfLR).

Mittelfristig ist damit zu rechnen, daß dieses Informationspotential auf eine Raumentwicklung hin, die auf Nachhaltigkeit orientiert ist, operationalisiert und

instrumentiert werden wird. Damit wird auch ein Ausgangspunkt für eine entsprechende thematische Erweiterung des Prognosesystems der BfLR geschaffen.

Besonders wichtig erscheint hierbei, diese anfangs primär naturwissenschaftlich zu bearbeitenden Phänomene nicht nur als solche zu betrachten, sondern im selben Maße auch aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive zu bearbeiten: als „naturräumliches Potential, das die handelnden Menschen aus ihrer Alltagserfahrung heraus in spezifischer Weise einschätzen und aufgrund dieser Erfahrungen in Handlungen einfließen lassen“ (POPP 1982, 34).

Die Behandlung solcher Erweiterungen traditioneller Aktivitätsfelder, von denen noch weitere benennbar wären, soll hier zurückgestellt werden zugunsten eines neuen Arbeitsfeldes, das in einem weiteren disziplingeschichtlichen Rückblick allerdings ebenfalls als ein traditionelles angesehen werden kann.

### 2.3 Die Einbindung in eine neue siedlungsstrukturbezogene Hierarchisierungsphase

Es geht hierbei um die raumordnungspolitische Absicht, „oberhalb“ und „unterhalb“ des — bisher höchstrangigen — oberzentralen „punktachialen Netzes“ neue Ebenen bzw. Siedlungsstrukturkategorien einzurichten:

(a) Mit Anfang der 90er Jahre sind in verschiedenen großen Städten bevölkerungsreicher Verdichtungsräume erste Aktivitäten zu beobachten, Konzeptionen zur Ausweitung ihrer funktionalen Ergänzungsgebiete zu entwickeln, wodurch sie dann in benachbarte oberzentrale Einzugsbereiche hineinreichen würden. Eines der Beispiele ist der Raum MAI (München/Augsburg/Ingolstadt). Im Fall von Frankfurt am Main wurde ähnliches durch einen Zusammenschluß von neun Industrie- und Handelskammern zu einem „IHK-Forum Rhein-Main“ vorbereitet. (In diesem Raum leben auf einer Fläche von 11 000 km<sup>2</sup> 4,7 Mio Menschen; 2,3 Mio haben hier ihren Arbeitsplatz (vgl. NIETHAMMER 1994).)

Derartige Aktivitäten, die auch in weiteren großen Verdichtungsräumen zu beobachten sind, wurden inzwischen auch staatlicherseits als Aufgabenstellung aufgegriffen: Im „Raumordnungspolitischen Orientierungsrahmen“ (BMBau 1993) wird eine Entlastung der großen Zentren (von denen diesbezügliche Forderungen ausgehen) postuliert sowie eine Dekonzentration bzw. „dezentrale Konzentration“ von (belastenden) Funktionen und Produktionen in „Entlastungsorte“ und in die Oberzentren benachbarter Regionen („Entlastungszentren“). Arbeitsbegriff für dieses Konzept: „Städtenetze mit besonderem Entlastungsbedarf“ (BMBau 1993). 1995 wird in dem von der MINISTERKONFERENZ FÜR RAUMORDNUNG (MKRO) beschlossenen „Raumordnungspolitischen Handlungsrahmen“ die Ausweisung von „europäischen Metropolregionen“ eingefordert; also an die Wissenschaft gewendet, die dafür in Frage kommenden Großstädte bzw. deren Regionen quasi-wissenschaftlich zu bestimmen und entsprechend vergrößerte Ergänzungsgebiete (die benachbarte Oberzentren als „Entlastungszentren“ einschließen würden) abzugrenzen. Die Erfüllung dieser Aufgabenstellung (auch seitens

der Raumwissenschaften i. e. S.), um der angeblichen Gefährdetheit des „Standorts Deutschland“ vorzubeugen, steht aus.

Hierbei handelt es sich also aller Wahrscheinlichkeit nach um den Beginn einer neuen Phase siedlungsstruktureller „Höherzonierung“, die irgendwann in der näheren Zukunft auch gesetzlich kodifiziert werden soll (auf eine entsprechende Novellierung des Bundesraumordnungsgesetzes wird in der MKRO-Empfehlung hingewiesen). Gleichzeitig wird die raumwissenschaftliche und zugleich raumplanerische Konzipierung einer leistungsfähigen horizontalen Verflechtung der neuen Metropolregionen bzw. Eurometropolen durch neue und neuartige Verkehrs-, Informations- und Kommunikationsinfrastruktur eingefordert (vgl. MKRO 1995, 27 ff.).

- (b) Weiterhin sollen ebenmäßig darunter — also unterhalb des neuen Netzes der Eurometropolen, aber oberhalb des alten, in den 50er und 60er Jahren konzipierten und anschließend implementierten oberzentralen „punktachialen Netzes“ — nun „Städtenetze mit Ausbaubedarf“ bzw. (in Ostdeutschland) „Städtenetze mit besonderem Entwicklungsbedarf“ geschaffen werden (so BMBau (ORA) 1993, 4 f.). Nach Maßgabe optimaler wirtschaftlicher bzw. sektoraler Voraussetzungen für Vernetzung sollen hierbei ausgewählte große Oberzentren besonders intensiv miteinander verbunden werden. Siedlungsstrukturbezogene Theorie A. LÖSCHs tritt hiermit noch deutlicher an die Stelle der Zentrale-Orte-Theorie herkömmlichen Zuschnitts (vgl. dazu STIENS 1995).
- (c) Jüngst ist eine vierte Städtenetz-Kategorie hinzugekommen. Es sind Netze kleinerer bis mittelgroßer Städte, die in den großräumigen Raum-Maschen liegen, die von den anderen neuen Städtenetzen oberhalb des bisherigen oberzentralen Netzes gebildet werden. Zur Zeit werden im Rahmen eines Projektes des Programmes „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt) des BMBau neun solcher nachgeordneten Netze gefördert (vgl. ADAM 1994). Diesen Netzen werden vermutlich ähnliche Aufgaben zugeschrieben werden wie in der ersten Phase siedlungsstruktureller „Höherzonierung“ (bis weit in die 70er Jahre hinein (vgl. oben)) den bekanntermaßen wenig erfolgreich angewendeten „Entwicklungszentren“. Die Aufgabe würde (wieder) darin bestehen, die Verschärfung der Disparitäten „aufzufangen“: der Disparitäten zwischen dem neu „eingezogenen“ wirtschaftlich dynamischen Siedlungsnetz höchster Ordnung einerseits und den nun dezentralen Standorten andererseits, die sich in den großen Maschen befinden, gebildet vom neuen hochrangigen Netz der europäischen Metropolregionen bzw. Eurometropolen (vgl. 6. Empfehlung der MKRO in: MKRO 1995, 27) und den aufgewerteten Oberzentren („Städtenetze mit Ausbaubedarf“, vgl. ORA/BMBau 1993b). Die auf die europäischen Metropolregionen ausgerichtete Entwicklungsplanung, wie sie in der Erläuterung zur 6. MKRO-Empfehlung skizziert wird (vgl. 28 f.), bekommt mit den ExWoSt-Städtenetzen möglicherweise ein zentrales Instrument eine Auffangplanung zugeordnet, das der neuen Raumsituation zu entsprechen scheint.

Mit diesen verschiedenen neuen Städtenetzen und Zentrenkategorien im „Orientierungsrahmen“ und im „Handlungsrahmen“ der Raumordnung erscheint ein umfassender Forschungsauftrag vordefiniert, von dem auch geographische Landeskunde insgesamt angesprochen ist. Vor allem aber werden sich diese

Vorgaben wieder in Form von Projektentwürfen, -betreuungen und -auswertungen auf seiten staatlicher Landeskunde niederschlagen, wie in Ansätzen schon zu beobachten ist. Auch werden neue Raumraster für die Laufende Raumbearbeitung sowie neue, den neuen Fragestellungen entsprechende Indikatoren zu entwickeln sein.

#### 2.4 Seitenblick auf neue „Anwendungen“ der Regionalbewußteinsforschung

Von den von K. WOLF jüngst (vgl. 1994) ins Auge gefaßten Themenfeldern „für die gesellschaftsbezogene empirische Arbeit“ von Landeskunde — neben „Flächenverbrauch und Umgang mit Ressourcen“ sowie „Bedürfnisbefriedigung“ auch das Themenfeld (regionale) „Identität“ — wäre letztgenanntes auf jeden Fall auch gerechtfertigt. Die Bearbeitung dieses Themenfeldes „Identität“ kann aber — bei strikter Einspannung diesbezüglicher landeskundlicher Arbeit in Vorgaben „von oben“ — zu Ergebnissen führen, die eher kritisch zu beurteilen wären: Sie können zum Beispiel zur sozialtechnischen „Einregelung“ einer Bevölkerung im ausgeweiteten Umland besagter Eurometropolen genutzt werden, mit dem Zweck, „Akzeptanz“ oder (anders gesagt) Fügsamkeit herzustellen, und zwar mit der Begründung, daß diese Regionen — im verschärften „Wettbewerb der Regionen“ im integrierten Europa — dem „Zwang zur Eigenständigen Regionalentwicklung“ (DANIELZYK u. OSSENBRÜGGE 1993, 215) nur durch Entlastung durch Expansion nachkommen könnten; und dies müsse eben von der jeweiligen Bevölkerung bzw. von einem veränderten Regionalbewußtsein mitgetragen werden. Für solche Veränderung von Regionalbewußtsein durch Mithilfe landeskundlicher Forschung bzw. entsprechende „Umsetzung“ einschlägiger Ergebnisse von Forschung sprechen auch der Vorschlag und die identitäts- und konsensorientierten Aufgaben von „Regionalakademien“, die in Metropolregionen unterhalten werden sollen (vgl. SIEVERTS 1990).

Veränderung bzw. Schaffung von spezifischem Regionalbewußtsein kann und wird auch auf nichtzentrale Räume bezogen werden, und zwar angewendet im Rahmen der dort wahrscheinlich erforderlichen Auffangstrategien: eine neuartige Nachfrage nach sekundärer Territorialität, nach einer „Neo-Territorialität“. An die Stelle der bisherigen tritt eine neue dominante „Funktion“ des regionalen Raumes (der zur Zeit noch die zentrale Kategorie des raumpolitisch-administrativen Handlungsraumes darstellt): Statt monetärer Mittel für Eigenentwicklung würde der Region nun die Aufgabe der Produktion von Regionalbewußtsein zugeordnet. Dann würde verändertes „Bewußtsein“ Zwecken des „Ausgleichs“ dienen; an die Stelle des Ziels der Herstellung von gleichwertigen Lebensbedingungen in großen regionalen Räumen träte die Duldung „vergleichbarer Lebensverhältnisse“; und diese würden „größere Ungleichheit“ ein schließen. Diesbezüglich gibt es schon konkrete Vorstellungen auf staatlicher Seite.<sup>2</sup>

## 2.5 Auflösung des herkömmlichen planerischen Regionsbegriffs

Es ist inzwischen kaum noch vorauszusehen, ob die sogenannte „Renaissance des Regionalen“ seit den 80er Jahren tatsächlich zu einem neuen Bereich von Landeskunde in öffentlicher Trägerschaft führt, der (wie vom Verfasser noch 1986 angenommen) wirklich regional ausgerichtet sein wird. Raumentwicklung via Städtevernetzung steht in einem spezifischen Widerspruch zum Regionalen. Es ist der Widerspruch zwischen

- der „Re-Institutionalisierung“ des regionalen Raumes (vgl. FÜRST 1993), also zwischen der planerischen Förderung „regionaler Eigenständigkeit“ (vgl. auch die Ausführungen zur regionalen Strukturpolitik im ORA (BMBau 1993b, 22 ff.)).
- und der gleichzeitigen Auflösung des stark geförderten regional-territorialen Bezugs durch die Förderung, regionale Potentiale im Kontext der „Städtevernetzung“ arbeitsteilig zu vernetzen, womit auch eine noch intensivere „Interregionalisierung“ des Handelns regionaler Akteure — und dadurch bedingte Handlungswidersprüche und wachsende Irritationen — verbunden sein würden.

Noch allgemeiner ansetzend, fragt zum Beispiel KUNZMANN, ob Städtetetze nicht überhaupt dazu beitragen würden, „daß die regionale Ebene als Handlungsebene an Bedeutung verliert“ (1994, S. 17).

Gleichzeitig aber scheinen neuartige regionale Einheiten bzw. neue interregionale Zusammenschlüsse im Auf- und Ausbau begriffen zu sein (vgl. dazu u. a. STIENS 1992 oder MERTINS 1993). Den raumstrukturpolitischen Hintergrund bildet in diesem Fall eine andere Kategorie des „Regionalen“. Sie ergibt sich im Zusammenhang mit den besagten funktionsräumlichen Expansionswünschen der größten der deutschen Großstädte bzw. — nach Aufgreifen dieser Thematik seitens staatlicher Bereiche — mit der beschworenen „Gefährdetheit“ des „Standorts Deutschland“ (vgl. BMBau 1993, 6; NIETHAMMER 1994): Nicht nur der Raumordnungspolitische Orientierungsrahmen (BMBau 1993b), sondern auch der Baulandbericht (BMBau 1993a) und jüngst auch der von der MKRO verabschiedete „Raumordnungspolitische Handlungsrahmen“ (1995) bezieht die „Stärkung der dezentralen Raum- und Siedlungsstruktur durch einen Ausbau städtischer Vernetzung“ in der Hauptsache auf die Räume der großen Metropolen: „Vor allem große Metropolen wie München, Stuttgart, Frankfurt, Hamburg usw. sollten mit Zentren/Mittelstädten (als Entlastungszentren) im weiten Umland in einen Funktionsverbund treten, der auch teilweise Funktionsverlagerungen dorthin umfaßt“ (BMBau 1993a, 134). Konkret bedeutet dies, „die bisherigen Konzepte zur Siedlungsentwicklung in Stadtregionen — unter Einbeziehung von Regionen/Zentren der weiteren Umgebung — räumlich und funktional zu erweitern...“ (BMBau 1993a, 134).

Diskussionen interkommunaler Zusammenarbeit sind nicht neu. Der Aufruf im Leitbild Siedlungsstruktur zur „regionalen Zusammenarbeit zur Standort-sicherung und -vorsorge“ in den Regionen mit großen Großstädten bzw. Agglomerationen (BMBau 1993b, 7) und im MKRO-Beschluß „4. Siedlungserweiterung und Ressourcenschutz in den großen Verdichtungsräumen und ihrem Umland“ (MKRO 1995, 19 ff.) können als erneute Motivierungsversuche mit

Bezug auf die noch nicht kooperationsbereiten Kommunen des „Umlands“ gewertet werden. Zu fragen wäre, ob mit der besonderen Betonung der — erst sekundären — physischen Aspekte regionaler Raumordnung diese Einsichtsfähigkeit auf seiten der Umlandkommunen und benachbarten Regionen tatsächlich gefördert wird: Gegenüber dem Aspekt benötigter intensiver interkommunaler Kooperation im Sinne eines ausgewogenen Gebens und Nehmens wird allzusehr der Aspekt des „Abbaus von Überlastungstendenzen“ in den Kernen der Agglomerationen betont. Dies soll dadurch geschehen, daß etwas („Belastendes“ folglich) in bestimmte umliegende Kommunen, also in Entlastungsorte und Entlastungszentren, dezentriert wird, nicht aber gleichzeitig auch höherrangige zentrale Funktionen.<sup>3</sup>

Die auf die neue Kategorie vergrößerter funktionsräumlicher Regionen abgestellten angewandt-raumanalytischen Institutionen sind zumindest schon im Planungsstadium. So weist K. WOLF in seiner jüngsten Veröffentlichung zur Landeskunde auf die „Regionalagentur“ im Frankfurter Raum und deren „regionale Strukturdatenbank“ hin. Sie kann als quasi landeskundliche Dienstleistungseinrichtung betrachtet werden (vgl. WOLF 1994). Solche regionalen Datenbanken werden sich vermutlich auch nur die wirklich großen Verdichtungsräume leisten können, die als europäische Metropolregionen ausgewiesen sind (vgl. MKRO 1995) und die mithin zu den funktional expandierenden Räumen gehören sollen.

### **3. Neue Aufgaben für die nicht-staatsgeographische deutsche Landeskunde**

Staatliche Landeskunde — wo auch immer institutionalisiert — wird sich in die neue Welle siedlungs- und raumstrukturbezogener Umsteuerung einbezogen sehen (wie seit längerem schon besonders geschäftstüchtige universitäre Abteilungen des Faches Raumplanung (vgl. z. B. KISTENMACHER 1994)). Und diese Landeskunde wird — wie früher schon — vor allem dazu beitragen, „technisches Verfügungswissen“ bereitzustellen (vgl. POPP 1983, 33), das heißt Wissen zur speziellen Handlungsorientierung von Experten in Staat und Wirtschaft. Von den Auswirkungen im Raum, die dieses „technische Wissen“ auslöst, sind die Menschen vor Ort erheblich beeinflusst, ohne sich der Veränderungen und deren Ursachen klar werden zu können.

Derartige räumliche Veränderungen vor Ort, in den Regionen, verstehbar zu machen, war bisher keine Aufgabe staatsorientierter Landeskunde und wird es auch künftig nicht sein. Dieses kann aber eine Landeskunde, die auf Verstehen und Handeln der Menschen vor Ort orientiert ist; hier kann sie zu Handlungs- und Einstellungsorientierungen verhelfen (dazu POPP 1983, 33; SEDLACEK 1989; WEICHHART 1989; Begründungen bei NARR u. SCHUBERT 1994).

Hier ergeben sich neue Anforderungen an die deutsche Landeskunde außerhalb der „staatsgeographischen“. Landeskundlich orientierte Geographie sollte

stärker noch als in den 60er und 70er Jahren darauf achten, Praxisorientiertheit nicht nur in der Erfüllung direkter und indirekter staatlicher „Aufträge“ zu sehen. Auch gerade die geographische Landeskunde an den Universitäten sollte nicht nur die mögliche Einbindung in die staatsgeographische Landeskunde anstreben. Mit den neuen „Aufträgen“ an letztgenannte nehmen nämlich gleichzeitig auch entgegengesetzte Forschungserfordernisse zu.

### 3.1 Zum Thema „Identität“ unter komplementären Aspekten

Die Notwendigkeit von staatlich weniger gebundener geographischer Landeskunde kann sehr gut an dem schon angesprochenen Themenfeld „Identität“/„regionale Identität“ verdeutlicht werden. Die oben beschriebenen Tendenzen zur weiteren Hierarchisierung der Siedlungsstruktur und damit zur Vergrößerung der Entfernungen zu Entscheidungsebenen (aber auch eine in diese Prozesse eingebundene staatsbezogene Geographie) tragen zu etwas bei, das A. GIDDENS (1995) als „Entbettung“ sozialer Beziehungen und sozialer Systeme bezeichnet.<sup>4</sup> Weil „der nach innen gerichtete Wohlfahrtsstaat vom nach außen gewandten Konkurrenzstaat abgelöst wird“ (NARR u. SCHUBERT 1994, 153), ergeben sich Beschleunigungsprozesse im sozialen Leben sowie neue raumstrukturelle Widersprüche (zu diesen vgl. STIENS 1992 sowie GIDDENS 1995). Mit der Durchsetzung des neoliberalen Entwicklungsmodells und mit dem ökonomischen Schlüsselbegriff „Flexibilisierung“ als Reaktion auf die Globalisierung der Wirtschaft wird in gleichem Maße aber wieder eine — sekundäre — Aufwertung des Regionalen nötig (vgl. DANIELZYK u. OSSENRRÜGGE 1993).<sup>5</sup>

Hier kommt zum Vorschein, daß es richtig ist (auch unter wissenschaftsbezogenen normativen Aspekten), wenn W. SPERLING auf „aktuelle Aufgaben der Landeskunde“ bezogen, von „Spannungsfeldern“ spricht (vgl. 1994, 26 f.):

- Auf der einen Seite die Arbeit der staatsorientierten Landeskunde, die vermutlich noch stärker zur neuen „Grenzenlosigkeit“, also zum Verschwinden der herkömmlichen Raumeinheiten „mittlerer Größenordnung“ in ihrer herkömmlichen Ausprägung beitragen wird.
- Auf der anderen Seite die wichtigen komplementären Aufgaben, die in der Thematisierung einer wesentlichen Relation zu sehen sind: der Beziehungen zwischen fortschreitender Universalisierung bzw. der Weltgesellschaft dort und dem Streben nach Wahrung raumbezogener Identität bzw. nach räumlich-segmentärer Kultur hier (vgl. POHL 1993, 46; DANIELZYK u. OSSENBRÜGGE 1993, 215).

Schon vor Jahren hat U. EISEL (1982) darauf hingewiesen, daß idiographisches Denken kein Relikt aus früheren Zeiten sei, sondern auch in Zukunft aus der universellen Tendenz zur Weltgesellschaft seine Legitimation beibehalten werde.<sup>6</sup> Auch das Plädoyer der Nichtgeographen NARR und SCHUBERT jüngst (1994) für die Wiederbelebung von Räumen mittlerer Größenordnung ist reaktionärer Unterfütterung nun ganz unverdächtig. Die Beteiligung geographischer Landeskunde an der Kulturlandschaftspflege zählt unter besagten Zielsetzungen zu den wichtigen Aufgabenstellungen in diesem Zusammenhang.

Gerade in den zuletzt angesprochenen Zusammenhängen muß geographische Landeskunde noch stärker auch Aspekte, wie Allgemeinbildung und Popularinformation, einschließen (vgl. WOLF 1994). Auch scheint eine stärkere und explizite Zukunftsorientiertheit handlungsorientierter geographischer Landeskunde nötig zu sein; ganz konkret, das heißt unter Anwendung von dafür in besonderem Maße geeigneter Techniken der Zukunftsforschung.

### 3.2 Bedarf an Zukunftsbezogenheit auch der idiographischen Landeskunde

„Regionalgeographie“ oder idiographisch-geographische Landeskunde in Verbindung mit „Zukunft“ oder „Zukunftsforschung“ zu bringen, mag manchem Geographen noch immer als nicht zusammenpassend erscheinen. Immerhin enthält inzwischen eine größere Reihe von räumlich differenzierenden Szenario-Studien zumindest Teile, die den Charakter regions- und zugleich zukunftsbezogener Situations- und Prozeßbeschreibung aufweisen und die als geographisch-landeskundlich zu kennzeichnen wären. Es gibt eindrucksvolle verbildlichende und bildhafte Beschreibungen künftiger interner räumlicher Situationen in Regionen, und dies sowohl für Regionen mit großen Verdichtungsräumen als auch für ländlich geprägte Regionen. Diese Beschreibungen stammen allerdings nicht von Bearbeitern, die vorher Studienkontakte mit der universitären Geographie oder Landeskunde gehabt hätten. Mit solchem raumbezogenen Einsatz der Szenariotechnik werden von den Bearbeitern aber Befähigungen abverlangt, die der Landeskunde ohnehin traditionell zugeordnet werden werden — wenn auch bisher nur vergangenheitsbezogen: Es ist die Befähigung zur Zusammenschau, zur beschreibenden Erklärung einer bestimmten, individuellen Regionalstruktur zu einem bestimmten Zeitpunkt.

Ein gelungenes Beispiel zukunftsbezogener Landeskunde entstand bezeichnenderweise im Kontext „partizipativer Raumplanung“. Dieses Projekt, das zukunftsbezogene regionalgeographische Raumexploration einschloß (vgl. ARRAS u. BIERTER 1989), bezog sich auf mögliche Entwicklungsprozesse und mögliche künftige Erscheinungsbilder der Region Basel. Die Ergebnisse des Projekts waren von den wissenschaftlichen Projektbearbeitern und von Bürgern der Region Basel gemeinsam erarbeitet worden. Das andere Hauptkennzeichen war, daß Verbildlichungen als ein zentrales Mittel angesetzt wurden: bildhafte Konkretisierungen, vor allem in Form der Verräumlichung der behandelten künftigen Prozesse und Entwicklungsalternativen, ihrer Verortung im Bezugsraum, der allen Beteiligten gut bekannt war. Unter anderem auf der Basis geographischer Regionalbeschreibungen fanden „Zukunftsforen“, also größere Veranstaltungen, statt, die den Zweck hatten, eine noch größere Öffentlichkeit zu beteiligen. Wenn Landeskunde früher als Beschreibung eines mehr oder weniger großen Territoriums in seiner „Gesamtheit von Land und Leuten“ definiert wurde, so kann das Baseler Beispiel landeskundlicher Zukunftsexploration (aber auch andere Projekte, vgl. z. B. BAUMGARTNER 1989) noch zu einem gewissen Grade wörtlicher genommen werden: Teile der zu beschreibenden Gesamtheit „Leute“ wurden einbezogen in die systematische Beschäftigung mit der Zukunft, mit der Zukunft ihrer Region, ihrer selbst und ihrer Kinder.

Verglichen mit dem stadt- und regionalplanerischen Bereich (generell dazu DANIELZYK 1991, insb. 11 ff.), muß ein noch größerer Bedarf an Wissen, das zukunftsbezogene Regionalgeographie oder Landeskunde zur Verfügung stellen könnten, für den Schul- bzw. Bildungsbereich angenommen werden. So wurde im Zuge der ökologischen Diskussion endgültig Bewußtsein dafür geweckt, daß zukünftige Möglichkeiten — die Möglichkeiten von Zukunft überhaupt — direkt und schwer abänderbar immer abhängiger von heutigen Entwicklungen, Maßnahmen und Entscheidungen werden. Inzwischen wird von vielen Menschen wahrgenommen, daß die „Kolonisierung der Zukunft“ fortschreitet, daß also nicht nur in immer größerer räumlicher Ferne lebenden Völkern, sondern auch den kommenden Generationen der Müll von heute hinterlassen wird. Hierbei geht es also nicht nur um eine räumliche, sondern auch eine zeitliche, das heißt intergenerative Externalisierungsstrategie. Diese Kolonisierung der Zukunft bleibt auch Kindern und Jugendlichen inzwischen nicht mehr verborgen. Außerdem haben im Rahmen der wirtschaftlichen Globalisierungstendenzen (vgl. oben) in vielen Regionen sowohl soziale Irritationen durch „beschleunigten Wandel“ als auch räumliche Disparitäten in den Lebensbedingungen wieder zugenommen, und die Überschaubarkeit der Lebensläufe hat dadurch wieder abgenommen (vgl. HASSE 1990; STIENS 1992).

Mit derartigem Wandel der Rahmenbedingungen der persönlichen Entwicklung gehen, wie Untersuchungen der kognitiven Psychologie über die Identitätsbildung bei Jugendlichen ergeben haben (vgl. u. a. NECKEL 1988), auch Erschütterungen der sozialen und individuellen Zeitperspektive einher. Zeitperspektiven aber sind fester Bestandteil jeweiliger Identität; die Zukunft ist der Horizont von Identitätsentwürfen.

Zur Kompensation solcher Erschütterungen der individuellen und sozialen Zeitperspektiven und Identitäten wird immer häufiger eine Stärkung regionaler Identität empfohlen (z. B. — allerdings mit sehr unterschiedlicher Zielsetzung: HASSE 1990 oder BIEDENKOPF 1992). Zuweilen wird versucht, die territoriale Bindung zur Behebung der Identitätsproblematik vermittels „Heimat“-Rhetorik herzustellen — also über vergangenheitsorientierte „folkloristische Integration“. Im schon zitierten Baseler Projekt wurde ein entgegengesetzter Weg zur Ausbildung individueller und sozialer Identität aufgezeigt. Es sind dort schon alle Aspekte einer „komplexen Landeskunde“ (SPERLING 1991), die die Zukunft der Region einbezieht, enthalten: Erstens sollte damit öffentlich auf wesentliche Probleme der Zukunft aufmerksam gemacht werden. Zweitens sollte eine Erörterung darüber angeregt werden, welche Zukunft aus welchen Gründen wünschbar sei. Und schließlich sollte zur Herausarbeitung wünschbarer Handlungsanstöße beigetragen werden. Es sollte insgesamt erfahrbar gemacht werden, „daß sich unsere Zukunft gestalten läßt und daß es notwendig ist, sich dieser Gestaltung im begrenzten Bereich unserer Handlungsmöglichkeiten anzunehmen. Damit soll Angst, Resignation und Verdrängung, die im Umgang mit der Zukunftsfrage allzu häufig anzutreffen sind, entgegengewirkt werden“ (ARRAS u. BIERTER 1989, 5).

Aus dem Voranstehenden geschlußfolgert, ist es sinnvoll, idiographisch regionalgeographische Analyse und Zukunftsexploration in der Region mit dem Biographischen zu verknüpfen (vgl. hierzu also HASSE 1990).<sup>7</sup> Die Verwendung

der Methodik der „Zukunftswerkstatt“ und deren weite Verbreitung könnten in solchen Zusammenhängen zusätzlich gute Dienste leisten (vgl. SELLNOW 1991), vor allem im Bereich der Erwachsenenbildung und der partizipativen Raumplanung.

Beschäftigung mit der Zukunft in Bildungszusammenhängen hat selbstverständlich auch dann Sinn, wenn sie sich nicht speziell auf die Ausbildung der persönlichen Identität bezieht. Ein anderes allgemeines Bildungsziel sollte sein, das Bewußtsein dafür zu entwickeln bzw. die Befähigung, kommende Generationen konsequent mit im Auge zu haben und für diese sogar vorzusorgen. Künftige Generationen haben, verglichen mit der heutigen, mit einer Reihe — nur scheinbar trivialer — zusätzlicher Nachteile zu tun, wozu gehört, daß sie machtlos (d. h. nicht öffentlich vertreten) sind und daß sie nicht als Individuen kenntlich sind. Zwar kann niemand die Zukunft voraussagen, aber es kann gelernt werden, laufende Trends sorgfältiger zu „lesen“. Dies kann die Basis dafür abgeben, viele der Facetten herauszuarbeiten, aus denen sich — metaphorisch gesprochen — die „Landschaft der Zukunft“ zusammensetzt.

## Anmerkungen

- 1 Damit teilt der Verfasser auch nicht die Auffassung von SPERLING (vgl. 1994), daß es sich bei den „Informationen zur Raumentwicklung“ insgesamt um eine landeskundliche Reihe handele. Diesen Charakter haben jeweils nur ganz bestimmte Veröffentlichungen der BfLR bzw. einzelne Hefte der „Informationen“ (vor allem Jahresend-Hefte und anderweitige berichtende Publikationen).
- 2 Räumliche Einheiten des Mesobereichs sollen — wie von K. BIEDENKOPF (1992) empfohlen — in den neuen Bundesländern als territoriale Bezugsflächen für die Ausbildung räumlicher Identifikation und Identität dienen: Sie sollen Ausgleich dafür sein, daß das Ziel der Herstellung von „Gleichwertigkeit“ zwischen großen regionalen Räumen aufgegeben wird zugunsten von nun sog. „vergleichbaren Lebensverhältnissen“, die die Akzeptierung „größerer Ungleichheiten“ einschließen. Und diese würden eben nur akzeptiert werden, so BIEDENKOPF, wenn regionale Einheiten „eine Identität besitzen; eine Identität, die die Vergleichbarkeit der Regionen reduziert und es damit leichter macht, Ungleichheiten zu akzeptieren“ (BIEDENKOPF 1992).
- 3 Mit dem Abbau der Überlastungstendenzen sollen nämlich gleichzeitig „ein differenzierter Ausbau“ und die Stärkung hervorgehobener zentraler Funktionen in den Kernen (BMBau 1993, 7) stattfinden, was eine weitere Verstärkung des Zentralitätsgefälles von innen nach außen zur Folge haben würde.
- 4 Diese „Entbettung“ sozialer Beziehungen und sozialer Systeme steht in intensiver Beziehung zur modernen „Trennung von Raum und Zeit und deren Neuverbindung in Formen, die die Einteilung des sozialen Lebens in präzise Raum-Zeit-Zonen gestatten“ (GIDDENS 1995, 31). Zu dieser „Entbettung“ sozialer Systeme gehören die Auflösung sozialer Beziehungen zu Orten und Räumen, die radikale Auflösung lokaler Bindungen.
- 5 Dies wird nicht nur mit Blick auf den kulturellen bzw. kulturpolitischen Bereich zwecks Aufwertung „weicher Standortfaktoren“ für erforderlich gehalten, sondern auch in sozialpsychologischer Hinsicht. Diese Entwicklungen machen auch erforderlich, daß „eine bestimmte sozial-räumliche Statik der Bürger“ zustande kommt (NARR u. SCHUBERT 1994, 263).
- 6 BARTELS' „Satisfaktionsraum“ (BARTELS 1982) ist vielleicht gegen Möglichkeiten des Rückfalls in einen weniger aufgeklärten Regionalismus nicht genügend gewappnet. Geographen wie unter anderen EISEL (1982) und POHL (1993) betrachten den Schutz des überschaubaren regionalen Lebensraumes — und die landeskundliche Befassung mit ihm — keinesfalls nur als „reaktionäre“ Beschäftigung. Arbeit gegen das „despotische Glattbügeln lokaler und regionaler Besonderheiten“ (BOSCH 1980, 117) könne sogar als auf Emanzipation bezogenes Handeln betrachtet werden.
- 7 Wenn regionale Besonderheiten gegenwärtiger und künftiger Entwicklung der Region explorativ vor Ort erarbeitet werden, kann einerseits erkennbar werden, daß das regional Besondere vielfach nicht hauptsächlich regionsintern verursacht wurde, sondern von übergeordnetem Allgemeinen bzw. von externen Einflüssen geprägt oder mitgeprägt wurde. Andererseits kann durch solche Beschäftigung mit Zukünftigem (als didaktisches Mittel eingesetzt) das erlittene Besondere der eigenen Biographie als großenteils nicht selbst verursacht oder als nicht aus dem regionalen Kontext heraus bewirkt erkannt werden.

## Literatur

- ADAM, B. 1994: Städtenetze. — In: BfLR (Hrsg.): Aktuelle Forschungsfelder des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus. Eine Übersicht. — Bonn, S. 92—95 (= Materialien zur Raumentwicklung, Bd. 65).
- ARRAS, H. E. u. W. BIERTER, 1989: Welche Zukunft wollen wir? Drei Szenarien im Gespräch. — Basel.
- BAUMGARTNER, T. 1989: Bürger/Innen planen das Jahr 2020. Szenarien zur Entwicklung von Technik und Arbeit in Nordrhein-Westfalen. — In: HABICHT-ERENLER, S. (Hrsg.): Niedersachsen 2000 plus — Perspektiven regionaler Wirtschaftspolitik. — Rehburg-Loccum, S. 8—50 (= Loccumer Protokolle 60/88).
- BAUMHEIER, R. 1994: Städtenetze. Raumordnungspolitische Ziele und Anforderungen an den weiteren Ausbau städtischer und regionaler Vernetzung. — In: Raumforschung und Raumordnung, H. 6, S. 383—391.
- BEIRAT FÜR RAUMORDNUNG 1984: Selbstverantwortete regionale Entwicklung im Rahmen der Raumordnung. Empfehlung des Beirats für Raumordnung vom 18. März 1983. — In: Inf. z. Raumentw., H. 1/2, S. 187—194;
- BIEDENKOPF, K. 1992: Die gewohnten Antworten taugen nicht mehr. Eine Standortbestimmung zwischen Wiedervereinigung, europäischem Binnenmarkt und Zusammenarbeit in Osteuropa. — In: Berliner Zeitung, Nr. 75, S. 35.
- BÖLTKEN, F. 1983: Subjektive Informationen für die laufende Raumb Beobachtung. — In: Inform. z. Raumentw., H. 12, S. 1107—1135.
- BÖLTKEN, F. u. W. STRUBELT 1985: Möglichkeiten und Voraussetzungen der Nutzung von Daten aus der Umfrageforschung für den Ausbau der Laufenden Raumb Beobachtung. — In: Inform. z. Raumentw., H. 5, S. 345—356.
- BUCHER, H., GATZWEILER, H.-P. u. I. SCHMALENBACH 1984: Das regionale Bevölkerungsprognosemodell der BfLR. Prognosen der regionalen Bevölkerungsentwicklung im Bundesgebiet bis zum Jahr 2000. — In: Inform. z. Raumentw., H. 12, S. 1129—1180.
- BUCHER, H.; u. H.-P. GATZWEILER 1993: Die Raumordnungsprognose als Instrument einer aktiven Raumordnungs- und Städtebaupolitik. — In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 12, S. 807—818.
- BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG (Hrsg.) 1977: Neue Prognosen für die Raumordnung. — Bonn (= Inform. z. Raumentw., H. 1/2).
- BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG (Hrsg.) 1978: Laufende Raumb Beobachtung. — Bonn (= Inform. z. Raumentw. H. 8/9).
- BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG (Hrsg.) 1984: Endogene Entwicklungsstrategien? — Bonn (= Inform. z. Raumentw., H. 5).
- BUNDESFORSCHUNGSANSTALT FÜR LANDESKUNDE UND RAUMORDNUNG (Hrsg.) 1992: Programmbudget 1992—1996 und Mittelfristiges Arbeitsprogramm 1992—1996 der BfLR. — Bonn.

- BUNDESMINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG, BAUWESEN UND STÄDTEBAU (BMBau) 1993a: Baulandbericht. — Bonn.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG, BAUWESEN UND STÄDTEBAU (BMBau) 1993b: Raumordnungspolitischer Orientierungsrahmen. — Bonn — (Abkürzung im Text: ORA).
- CHRISTALLER, W. 1940: Die Kultur- und Marktbereiche der zentralen Orte im deutschen Ostraum und die Gliederung der Verwaltung. — In: Raumforschung und Raumordnung, S. 498—503
- CHRISTALLER W. 1943: Grundgedanken zum Siedlungs- und Verwaltungsaufbau im Osten. — In: Neues Bauerntum, S. 312—320.
- DANIELZYK, R. 1991: Alltagsroutine als limitierender Faktor einer „Planung von unten“. Überlegungen zur Planungspolitik an Beispielen aus dem Ruhrgebiet. — In: Nachrichten des Arbeitskreises für Regionalforschung, H. 415, S. 3—17.
- DANIELZYK, R. u. J. OSSENBRÜGGE 1993: Perspektiven geographischer Regionalforschung, Locality Studies und regulationstheoretische Ansätze. — In: Geographische Rundschau, H. 4, S. 210—216.
- EISEL, U. 1982: Regionalismus und Industrie. — In: SEDLACEK, P. (Hrsg.): Kultur-/Sozialgeographie. — Paderborn, S. 125—150.
- FÜRST, D. 1993: Raum. Die politikwissenschaftliche Sicht. — In: Staatswissenschaft und Staatspraxis, H. 2, S. 293—315.
- GANSER, K. 1977: Zukunftsforschung im Forschungsprogramm Raumentwicklung und Siedlungsentwicklung. — In: Analysen und Prognosen, H. 5, S. 18—22.
- GATZWEILER, H.-P. 1982: Die Laufende Raumb Beobachtung — Ein Instrument zur Information und Planungskoordination. — In: Klagenfurter Geographische Schriften, H. 2, S. 75—91.
- GATZWEILER, H.-P. 1983: Die Ermittlung der Gleichwertigkeit regionaler Lebensbedingungen mit Hilfe von Indikatoren. — In: ARL (Hrsg.): Gleichwertige Lebensbedingungen durch eine Raumordnungspolitik des mittleren Weges. — Hannover (= Veröff. d. Akad. für Raumf. u. Landespl.; Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 149), S. 25—62.
- GATZWEILER, H.-P. u. H. MEUTER 1983: Kleinräumige Raumb Beobachtung — Informationen für Wohnungs- und Städtebau. — In: Inform. z. Raumentw., H. 12, S. 1079—1104.
- GIDDENS, A. 1995: Konsequenzen der Moderne. — Frankfurt am Main.
- HARVEY, D. 1990: Between Space and Time: Reflections on the Geographical Imagination. In: Annals of the Ass. of American Geographers, H. 80, S. 418—434.
- HASSE, J. 1990: Region als „Biographie“, Biographie als „Region“. Für eine „biographieorientierte“ Geographie am „regionalen Faden“. — In: Praxis Geographie, H. 4, S. 18—21.
- HEINRITZ, G. 1982: Nach 100 Jahren noch immer am Leben? Deutsche Landeskunde 1981. In: Ber. z. dt. Landeskunde, H. 1, S. 9—15
- IRMEN, E. u. M. SINZ 1989: Zur Wettbewerbsfähigkeit der Regionen in der Europäischen Gemeinschaft. — In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 8/9, S. 589—602.

- IRMEN, E. u. M. SINZ 1991: Regionale Entwicklungspotentiale und -engpässe in den neuen Ländern. — In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 11/12, S. 755—771.
- ISBARY, G. 1969: Gebiete mit gesunden Strukturen und Lebensbedingungen — Merkmale und Abgrenzungen. Gutachten im Auftrag des Bundesministers des Inneren, erstattet unter Mitwirkung von H.-J. VON DER HEIDE u. G. MÜLLER. — Hannover (= Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Abhandlungen, Bd. 57, 2 Bde.).
- KISTENMACHER, H. 1994: Metropolraum Frankfurt. Rahmenkonzept für ein vernetztes Städtesystem. — WENTZ, M. (Hrsg.): Region. Frankfurt am Main, S. 213—218.
- KLUCZKA, G. 1970: Zentrale Orte und zentralörtliche Bereiche mittlerer und höherer Stufe in der Bundesrepublik Deutschland. — Bonn-Bad Godesberg (= Forschungen zur deutschen Landeskunde, Bd. 194).
- KUNZMANN, K. R. 1994: Die europäische Gesamtperspektive von Städtenetzen. — In: Institut Raum + Energie: Dokumentation der Vorbereitung und Durchführung eines Auftaktseminars zum Forschungsfeld „Städtenetze“. — Hamburg 1994, Teil 5.
- MERTINS, G. 1993: Die Rolle der Agglomerationen in den Vorstellungen der Bundesrepublik Deutschland für ein europäisches Raumordnungskonzept. — In: DERS. (Hrsg.): Vorstellungen der Bundesrepublik Deutschland zu einem europäischen Raumordnungskonzept. — Marburg/Lahn, S. 107—124 (= Marburger Geogr. Schriften, Bd. 125).
- MEYNEN, E. 1955: Die Stellung der amtlichen Landeskunde im Rahmen der geographischen Arbeit. — In: Ber. z. dt. Landeskunde, H. 1, S. 12—22.
- MEYNEN, E. 1961: Die Landeskunde im öffentlichen Leben. — In: Ber. z. dt. Landeskunde, H. 1, S. 5—8.
- MINISTERKONFERENZ FÜR RAUMORDNUNG (MKRO) 1995: Raumordnungspolitischer Handlungsrahmen. Beschluß der MKRO in Düsseldorf am 8. März 1995. — Bonn.
- NARR, W.-D. u. A. SCHUBERT 1994: Weltökonomie. Die Misere der Politik. — Frankfurt am Main (= edition suhrkarnp, Bd. 1892).
- NECKEL, S. 1988: Entzauberung der Zukunft. Zur Geschichte und Theorie sozialer Zeitperspektiven. — In: ZOLL, R. (Hrsg.): Zerstörung und Wiederaaneignung von Zeit. — Frankfurt am Main, S. 464—486.
- NIETHAMMER, F. 1994: Fort von jeder Enge. — In: 1200 Jahre Frankfurt. Beilage der Frankfurter Rundschau Nr. 44, S. B2.
- POHL, J. 1993: Regionalbewußtsein als Thema der Sozialgeographie. Theoretische Überlegungen und empirische Untersuchungen am Beispiel Friaul. — Kallmünz/Regensburg (= Münchener Geographische Hefte, Bd. 70).
- POPP, H. 1983: Geographische Landeskunde — Was heißt das eigentlich? — In: Ber. z. dt. Landeskunde, H. 1, S. 17—38.
- RÖSSLER, M. 1988: Applied Geography and area research in Nazi society: central place theory and planning, 1933 to 1945. — In: Environment and Planning D: Society and Space, 7.
- SCHÖLLER, P. 1984: Traditionsbezogene räumliche Verbundenheit als Problem der Landeskunde. — In: Ber. z. dt. Landeskunde, H. 1, S. 31—36.

- SEDLACEK, P. 1989 (Hrsg.): Programm und Praxis qualitativer Sozialgeographie. — Oldenburg.
- SELLNOW, R. 1991: Einführung in die Methode der Zukunftswerkstatt. — In: SELLNOW u. a. (Hrsg.): Bürgerforum und Zukunftswerkstatt. Zur Wiederbelebung des politischen Diskurses als Aufgabe der Volkshochschule. — Frankfurt am Main.
- SIEVERTS, Th. 1990: Neue Aufgaben für den Städtebau in Europa. Voraussetzungen, Prinzipien, Beispiele. — In: SIEVERTS, Th. (Hrsg.): Zukunftsaufgaben der Stadtplanung. — Düsseldorf, S. 1—34.
- SINZ, M. 1988: Regionalwirtschaftliche Disparitäten. — In: Die geteilte Republik? Strategien gegen das Süd-Nord-Gefälle. — Bonn, S. 7—16 (= Demokratische Gemeinde, Sonderheft).
- SPERLING, W. 1994: Theorie, Methodik und Aufgaben der Landeskunde heute. — In: HAASE, G. u. A. BERNHARD (Hrsg.): Sächsisch-Thüringische Landeskunde. — Berlin (= Sitzungsberichte der Sächs. Akad. der Wiss. zu Leipzig. Math.-naturw. Kl., Bd. 124, H. 6), S. 19—29.
- SPERLING, W. 1990: Grundbegriffe landeskundlichen Denkens. — In: Praxis Geographie, H. 4, S. 46.
- STEWIG, R. 1981: Länderkunde als wissenschaftliche Disziplin. — In: STEWIG, R. u. J. BÄHR (Hrsg.): Beiträge zur Theorie und Methode der Länderkunde. — Kiel (= Kieler Geographische Studien, Bd. 52), S. 57—64.
- STIENS, G. 1977: Zur Verwendung von Szenarien in der Raumplanung. — In: Raumforschung und Raumordnung, H. 1, S. 69—73.
- STIENS, G. 1979: Überlegungen zu einer öffentlichkeitsgerechten amtlichen Landeskunde. (zuerst 1972) — In: STEWIG, R. (Hrsg.): Probleme der Länderkunde. — Darmstadt (= Wege der Forschung, Bd. 391), S. 251—256.
- STIENS, G. 1980: Zur Wiederkunft des Regionalismus in den Wissenschaften. — In: Inform. z. Raumentw., H. 5, S. 315—333.
- STIENS, G. 1982a: Langfristszenarien zur Raumentwicklung. Raumbezogene Zukunftsforschung im Rahmen des MFPRS. — In: Inform. z. Raumentw., H. 8, S. 573—585.
- STIENS, G. 1982b: Zur Methodik und zu den Ergebnissen raumbezogener Szenarien — Erfahrungsbericht aus der Bundesrepublik Deutschland. — Bern (= Arbeitsberichte (Programmleitung des Nationalen Forschungsprogramms „Regionalprobleme der Schweiz“), H. 30).
- STIENS, G. 1984: Information als „Ressource“ im Rahmen regional angepasster und eigenständiger Raumentwicklung. — In: Inform. z. Raumentw., H. 1/2, S. 175—186.
- STIENS, G. 1986: Forschungs- und Informationsauftrag praxisorientierter Landeskunde heute. Unter besonderer Berücksichtigung „Amtlicher Landeskunde“ auf Bundesebene. — In: Ber. z. dt. Landeskunde, H. 1, S. 27—46.
- STIENS, G. 1990: Zur Notwendigkeit der Abkehr vom herkömmlichen Zentrale-Orte-Konzept in der Raum- und Infrastrukturplanung. — In: HENKEL, G. (Hrsg.): Schadet die Wissenschaft dem Dorf? — Paderborn, S. 89—108 (= Essener Geographische Arbeiten, Bd. 22).
- STIENS, G. 1992: Großräume und Regionen unter dem Druck neuer Zeitregimes. — In Raumforschung und Raumordnung, H. 6., S. 295—302.

- STIENS, G. 1993: Prognostische Geographie. — In: Geographische Rundschau, H. 4, S. 224—231.
- STIENS, G. 1995: Städtevernetzung. Anknüpfungspunkte, Konzepte, Erfordernisse. Bonn (= Materialien zur Raumentwicklung, Bd. 71).
- STRUBELT, W. 1983: Überlegungen zu Indikatoren — über Statik und Wandel eines Konzepts zur Messung gesellschaftlicher und räumlicher Bedingungen. — In: Inform. z. Raumentw., H. 12, S. 1137—1146.
- TRIFT, N. 1991: For a new regional geography (2). — In: Progress in Human Geography, H. 5, S. 456—465.
- WEICHHART, P. 1989: Betroffene versus Experten. Planungsbedeutsame Konsequenzen unter unterschiedlicher Raumbewertung. — In: AUFHÄUSER, E. u. a. (Hrsg.): Regionalwissenschaftliche Forschung. Fragestellungen einer empirischen Disziplin. — Wien, S. 371—378.
- WOLF, K. 1982: Zur Aufgabenstellung einer Zeitschrift „Berichte zur deutschen Landeskunde“. — In: Ber. z. dt. Landeskunde, H. 1, S. 29—33.
- WOLF, K. 1994: Der gesellschaftliche Auftrag der geographischen Landeskunde. — In: Ber. z. dt. Landeskunde, H. 2, S. 361—367.